Pressemeldung Freie Wähler Kreisverband Main-Kinzig

23.08.2009

FW-Landesvorsitzender Walter Öhlenschläger besucht Kreisvorstand der Freien Wähler Main-Kinzig

„Viele sehen die Freien Wähler als die kommunale Partei schlechthin. Dieser Ansicht stehen wir nicht entgegen. Sehen wir uns doch selbst als Anwälte der Kommunen.", so Walter Öhlenschläger, seines Zeichens frisch gewählter Landesvorsitzender der Freien Wähler Hessen bei seinem Antrittsbesuch im Main–Kinzig-Kreis, wo er von Heinz Breitenbach, dem Vorsitzenden des Kreisverbandes der Freien Wähler, begrüßt und beglückwünscht wurde.

Neben der kritischen Analyse der vergangenen Landtags- und Europawahlen ging es in der Unterredung zwischen dem Landespolitiker und dem Kreisvorstand der Freien Wähler vor allem um die finanzielle Situation der Kommunen und hier besonders um die Pläne der hessischen Landesregierung zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs.

Zu der Problematik der Haushaltssituation stellte Walter Öhlenschläger fest, dass vielen Kommunen nach Aufstellung des ersten doppischen Haushaltes erstmals ihre prekäre finanzielle Situation bewusst geworden sei. An durchgreifenden effizienten Konsolidierungsprogrammen dagegen mangele es. In dieser Situation sei es nicht nachvollziehbar, dass die Hessische Landesregierung trotz der Schieflage der Städte und Gemeinden den Kommunen ab 2011 jährlich 400 Millionen Euro entziehen wolle. Walter Öhlenschläger und der FW-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Jürgen Heim waren sich einig: Dieses Thema wird die Landespolitik wie auch die Politik in den Kreistagen in den nächsten Monaten noch intensiv beschäftigen.

Was die Kommunalwahlen 2011 betrifft, so warb Walter Öhlenschläger für eine Teilnahme mit einem einheitlichen Logo der Freien Wähler von Nord- bis Südhessen. Ein einheitliches Markenzeichen trage nicht nur zu einem besseren Abschneiden bei der Kommunalwahl bei, es diene auch der Vorbereitung für die nächste Landtagswahl. Dass die Freien Wähler Hessen hier wieder antreten werden, daran ließ der Landesvorsitzende gegenüber den Mitgliedern des Kreisvorstandes keine Zweifel. „Es ist immer häufiger der Fall, dass vom Landtag beschlossene Gesetze in den Gestaltungsspielraum der Kommunen eingreifen und deren strapazierte Finanzsituation zusätzlich einschränken.", so Öhlenschläger. Nur durch eine direkte Einflussnahme auf Landesebene sei eine Änderung dieser Situation möglich.

Der Kreisvorstand der Freien Wähler signalisierte Unterstützung für die von Öhlenschläger vorgeschlagene Politik. „Um Politik effektiv gestalten zu können, muss man sich auf allen Ebenen in Hessen einbringen können", so der stellvertretende Kreisvorsitzende Carsten Kauck . „Wir werden die Bande zwischen Landesverband und dem Main-Kinzig-Kreis noch enger knüpfen als bisher".